



Seite 2:



Seite 4:



Seite 7:



Wahlwiederholung: *Chance* ~~Die Qual~~ der Wahl nochmal?

Nehmen wir es als außerordentliche Chance, den längst fälligen Kurswechsel in der Berliner Politik herbeizuführen! Damit es endlich mal besser wird!

Die Berliner Wahl vom September 2021 wurde durch das Berliner Verfassungsgericht für ungültig erklärt und muss wiederholt werden.

Der rot-grün-rote Senat hat also wieder einmal schwerwiegend versagt. Ein wesentliches Element einer Demokratie – wenn nicht das Bedeutendste: eine freie geheime Wahl – konnte nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden. Ein Versagen höchster Ordnung und einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik.

Insofern eine gute Entscheidung des Gerichtes, den Verantwortli-



chen diese Wahl um die Ohren zu hauen. Ob es beim nächsten Mal wohl etwas besser klappt?

Das Urteil bringt jedoch auch Fragen, Widersprüche und Kosten mit sich. Auch Konsequenzen in Form von Rücktritten. Wer war verantwortlich?

Und es bleibt spannend. Wird der nächste „Versuch“ gelingen? Durch die politischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben viele Parteien ihr wahres Gesicht gezeigt. Eine gute Chance für die Wähler, sich neu zu orientieren. Damit es hier endlich mal besser wird!

Konrad Schneider



INFLATION GEHT WEITER:

Die "Gentleman" der EZB bitten zur Kasse!

Was kostet uns der **EURO?**

a) Muß Deutschland für die **Schulden** anderer Länder aufkommen?



Ein ganz klares Nein! Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, daß die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden anderer Länder aufkommen.

Mit dem Stabilitätspakt wird von vornherein sichergestellt, daß die Nettoneuverschuldung auf unter 3% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Die Euro-Teilnehmerstaaten werden daher auf Dauer ohne Probleme ihren Schuldendienst leisten können. Eine Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats kann daher von vornherein ausgeschlossen werden.

1999

1999: Erinnern Sie sich? Das war die Urknall-Euro-Lüge, die uns heute arm macht. Tag für Tag ... Der Euro kostet uns jetzt den Wohlstand in Deutschland.



2013

2013: Erinnern Sie sich? Eine neue Partei wurde gegründet. Die Alternative für Deutschland. Einigen Wirtschaftsexperten war schon damals klar, dass die Euro-Politik zur Inflation führen wird. Jetzt ist es soweit. Geldentwertung des Euro. Und das betrifft alle Bürger - arm und reich.

2022: Es ist ganz einfach: Das Geld, was seit Jahrzehnten verbürgt, verborgt und verzockt wurde, ist verloren. Es gibt nur eine Möglichkeit es zu ersetzen: Von Eigentum und Ersparnissen der Bürger. Das ist Inflation. Und sie geht weiter ...



2022

Forderungen der AfD für künftige Finanzpolitik:

- Schluss mit europäischer Gemeinschaftshaftung und Transferzahlungen
- Vermeidung überbordender Verschuldung und von Verrechnungskrediten
- Ende der täglichen „Euro-Rettung“ mit Milliardenbeträgen
- Nullzinspolitik beenden
- Künftige Währungspolitik auf Grundlage sozialer Marktwirtschaft und nationaler Eigenverantwortung unter Einhaltung der Regelungen



Klima-Kleber

Der gewaltgewordene Protest bei 15-20°C

Jeden Morgen fahre ich mit dem Auto zur Arbeit ins Stadtzentrum. Kein 9-Euroticket hat diese tägliche Routine von mir verändern können, denn ich bin auf das Auto angewiesen. Zuerst bringe ich die Kinder zur Schule und anschließend zur Arbeitsstätte, denn ich habe oft Arbeitsequipment in einigen Taschen gepackt dabei, welches ich niemals in der Bahn transportieren könnte.

Seit Jahren beobachte ich die Gängelung der Autofahrer durch den Senat. Mal wird zeitweise eine Spur für Radfahrer gesperrt, mal eröffnet man eine neue Baustelle. Dabei könnte ich schwören, dass erst letztes Jahr hier der Asphalt aufgerissen wurde. Egal. Ich kann es einordnen: Die grüne Landesregierung versucht es mit Nudging, also mit der politischen Form eines netten Schubbers Richtung öffentliche Verkehrsmittel.

Das 9-Euroticket war der nächste freundliche Versuch, mich vom Auto abzubringen. Hat es aber nicht. Die Statistik belegt dies auch. Die Menschen nutzten den öffentlichen Nahverkehr so stark wie nie – nur hat der Autoverkehr dabei nicht abgenommen.

„Wer nicht hören will, muss fühlen“, so dachten sich die Klimaaktivisten und wurden über Nacht zu Terroristen. Sie kleben sich jetzt regelmäßig an die Verkehrsadern unserer Stadt und hoffen dadurch die Angestellten, Handwerker und all jene, die sich den U-Bahndreck ersparen wol-

len, in die Bahn zu zwingen. Einer Frau kostete dieser Terror bereits ihr Leben. Die Rettungskräfte konnten nicht rechtzeitig zur Unfallstelle gelangen, so dass die Radfahrerin einen Tag später an den Folgen eines Verkehrsunfalls verstarb. Die Einsatzkräfte sind sich sicher: Sie hätte gerettet werden können, wären die Rettungskräfte rechtzeitig vor Ort. Die B1 unweit des Frankfurter

Während ich diese Zeilen schreibe, ist es draußen ungewöhnlich kalt. Das Thermometer zeigt morgens bis zu -6°C an. Seit einigen Tagen ist die Strecke zur Arbeit wieder gut befahrbar. Die Klimakleber sind plötzlich weg. Dieses Phänomen konnte ich mir noch nicht gänzlich erklären. Liegt es an den schlechten Hafteigenschaften des Klebers bei kalten Temperaturen, oder



Tors wurde trotzdem weiterhin regelmäßig blockiert. Mein Google-Navi leitet mich glücklicherweise zuverlässig über die Seitenstraßen um. Dabei zeigt es mir die spritsparende Variante an. Und da kommt mir eine Frage auf, der den Klimaklebern wahrscheinlich noch so gar nicht in den Kopf gekommen ist: Wie viel CO₂ verursacht so ein plötzlicher Vollstau in der Stadt?

glauben sie vielleicht, dass ihr Protest einen Wetterumschwung bewirkt hat? Wir werden es wohl nie erfahren.

Vadim Derksen



Unsere Direktkandidatin im Abgeordnetenhaus: Jeannette Auricht

BERLIN - EIN NOTFALL

Egal ob unter einem roten, roten, grünen, gelben oder schwarzen Senat – Berlin geht es seit vielen Jahren immer nur schlechter. Wer betroffen ist oder die Augen aufmacht, muss feststellen, dass fast nichts mehr funktioniert: Unsere Stadt wurde auf einen Notstand heruntergewirtschaftet. Ob Bildungsnotstand, Kinder- und Altersarmut, medizinische Versorgung, handlungsunfähige Verwaltung, Verkehrschaos, Wohnungsnotstand, Digitalisierungsrückstand, hilflose Knöllchenpolizei und kuschende Kuscheljustiz – deshalb auch fehlende Sicherheit im öffentlichen Raum, die hohe Stand an Sozialhilfeempfängern und das Versagen beim Bau des Flughafens und bei Organisation und Durch-

führung der Wahlen 2021. Mehr geht nicht? Doch! Die Goldmünze lässt man sich extra noch klauen! Und wenn sie sich nicht bereits die Ohren zuhalten, hören Sie seit Jahrzehnten von allen die gleichen Parolen: Es wird besser! Wir arbeiten dran! Wir erstellen Konzepte! Doch letztendlich hilft nichts, nicht ist besser geworden. Liebe Bürger! Ich bin fest davon überzeugt, und viele Berliner ebenso, dass sich ohne eine Änderung der politischen Verhältnisse auch nichts zum Besseren ändern wird. Wir sind es nun leid, uns mit Geschwafel und immer neuen Notmaßnahmen wie „Entlastungspaketen“, „Reformen“ und lächerlichen

Alimentierungen von den Regie-

rungsverantwortlichen hinhalten zu lassen.

Die Lösung ist nur ein konsequenter Politikwechsel. Nutzen Sie die bevorstehenden Wahlen, um ihren Willen zu bekunden, dass es endlich mal besser werden muss. Es ist eine besondere Chance für Sie und für unser Stadt Berlin!

Mein Videobeitrag zum Thema auf YouTube:

<https://www.youtube.com/watch?v=YKML0DYjamY>



Ihre
Jeannette
Auricht



Wahlkreisbüro
Jeannette Auricht
Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses
Telefon: 030 76239809
auricht@afd-fraktion.berlin
www.jeannette-auricht.de



Unser Direktkandidat im Abgeordnetenhaus: Gunnar Lindemann Abschreiben anstatt selber denken?

Viele von uns kennen das noch aus der Schule. In jeder Klasse gab es jemanden, der stets darum bemüht war, bei Klassenarbeiten von einem fleißigeren Schüler abzuschreiben, anstatt selbst zu denken, zu lernen und damit seine Aufgaben zu erfüllen.

Dieses Verhalten scheint auf der politischen Bühne in Berlin die SPD übernommen zu haben. Wie ich darauf komme? Ganz ein-

des Abgeordnetenhauses abgelehnt. Unter anderem auch von der SPD.

Nun gab es am 08.11.2022 eine Sitzung des bezirklichen Verkehrsausschusses in Marzahn-Hellersdorf, wo ein fast gleichlautender Antrag von der SPD auf der Tagesordnung stand und einstimmig beschlossen wurde. (Drucksache 0617/IX)

Die Bemerkung eines AfD-Vertreters, dass dieser Antrag im Abgeordnetenhaus von der AfD, genauer gesagt, von mir bereits zweimal gestellt und abgelehnt wurde, konterte der SPD-Antragsteller mit den Worten: „Den Abgeordneten Lindemann kenne ich nicht!“

Es ist durchaus möglich, dass der Kollege von der SPD mich

fach:

Im Rahmen meiner Funktion als fachpolitischer Sprecher für ÖPNV der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus habe ich zweimal den Antrag gestellt, die Ostbahn zweigleisig auszubauen und zu elektrifizieren. Das erste Mal am 11.01.2019 (Drucksache 18/1580) und das zweite Mal am 23.02.2022 (Drucksache 19/0197).

Beide Anträge wurden zunächst im Verkehrsausschuss und danach in Plenarsitzungen

nicht kennt. Offenbar scheint er aber meine Anträge umso besser zu kennen. Nicht nur das, sie scheinen ihm so gut zu gefallen, dass er sie sogar abschreibt, obwohl er als Bezirkspolitiker für Fragen des überregionalen Bahnverkehrs gar nicht zuständig ist.

Natürlich freue ich mich, wenn meine Ideen für die Bürger auf diese Weise doch noch einer näheren Prüfung durch die Regierungsverantwortlichen unterzogen werden. Jedoch muss man

sich andererseits fragen, welches Selbstverständnis die SPD mit ihrem Verhalten eigentlich zur Schau stellen will.

Geht es der SPD um gute Politik? Wenn ja, warum hat sie meinen Anträgen dann nicht gleich zugestimmt? Die Bauarbeiten würden dann heute praktisch schon angefangen haben. Oder geht es der SPD um Frontalopposition gegen die „böse AfD“ bei gleichzeitigem Ideenklau – in der Hoffnung, dass das keiner merkt? Bitte entscheiden Sie selbst und denken Sie daran, wenn Sie sich das nächste Mal auf den Weg zum Wahllokal machen: Ehrliche Politik bekommen Sie nur mit der AfD.

Aber mit Sicherheit.

Gunnar
Lindemann



Wahlkreisbüro
Gunnar Lindemann
Mitglied des Berliner
Abgeordnetenhauses
Telefon: 030 52686873
lindemann@afd-fraktion.berlin
www.gunnar-lindemann.de



Unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Ausreichend Parkraum rund um die Trusetaler Straße schaffen!

Im Jahr 2010 hat ein rot-roter Senat in trauter Einigkeit mit einer linken Bezirksbürgermeisterin das landeseigene Gelände zwischen Trusetaler Straße und Märkische Allee an einen Privatinvestor verkauft. Was danach geschah, ist mittlerweile zu einem täglichen Ärgernis für die Anwohner geworden. Das Areal wurde geteilt, auf einem Teilstück entstanden 579 Wohnungen mit nur 145 Parkplätzen, auf dem anderen Teilstück hat man einen Möbelmarkt mitten ins Wohngebiet geklotzt.

Das Ergebnis dieser völlig verfehlten linken Politik ist massive Parkplatznot für die Anwohner. Ich habe daher einen Antrag (Drucksache 0564/IX) in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, wonach das Bezirk-

samt aufgefordert werden soll, prüfen zu lassen, inwieweit zusätzlicher Parkraum durch Tiefgaragen oder Aufstockungen mittels Rampen realisiert werden kann. Dieser Antrag wurde im Verkehrsausschuss von der SPD und der Linkspartei, die für das gegenwärtige Desaster politisch verantwortlich sind, abgelehnt! Die CDU hat sich enthalten.

Interessant hierbei ist die Äußerung eines Ausschussmitgliedes, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte: „Der Antrag ist nicht unterstützungswürdig, da mehr Parkplätze mit den Zielen des Klimaschutzes unvereinbar sind!“ Sie haben richtig gelesen: Man will Sie, die Anwohner und Steuerzahler, durch vorsätzlich geschaffene Parkraumnot zum Abschaffen Ihres Fahrzeuges zwingen!

Das ist also linke Politik! Es geht nur um Ideologie, nicht um die Belange des Bürgers. Wir gehen davon aus, dass unser Antrag auch in der kommenden BVV-Sitzung keine Mehrheit finden wird. Mit einem linksdominierten Bezirksamt und einer linksdominierten Bezirksverordnetenversammlung werden Sie keine neuen Parkplätze bekommen. Bedanken Sie sich dafür bei der SPD, der Linkspartei, den Grünen und nicht zuletzt der CDU, die sich geflissentlich enthalten hat - und wählen Sie bei der nächsten Gelegenheit die AfD. Für vernünftige, bürgerorientierte Politik.



Martin Koblischke



Fraktionsbüro
AfD-Fraktion in der
Bezirksverordnetenver-
sammlung von
Marzahn-Hellersdorf
Telefon: 030 90293 5832
email@afd-fraktion-mahe.de
www.afd-fraktion-mahe.de



Unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin hat keinen Platz mehr – 2015 hat sich schon wiederholt.

Bisher sind über eine Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine bereits nach Deutschland gekommen. Davon rund 380.000 über Berlin, wovon etwa 100.000 Ukrainer in Berlin geblieben sind. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen, da eine sofortige Registrierung nicht stattfindet. Dazu kommen noch tausende weiter Migranten, überwiegend aus Afrika, Arabien und Asien. Und die Grenzen Deutschlands stehen weiter sperangelweit offen. Selbst die linke Senatorin Kipping hat inzwischen verstanden, das Berlin keine freien Unterkünfte mehr für Asylbewerber hat. Aber anstatt nun anzufangen, Platz zu schaffen, wie zum Beispiel die fast 20.000 abgelehnten Asylbewerber in Berlin endlich abzuschicken, oder sämtliche Landesaufnahmeprogramme für Migranten, wo der von SPD, Grüne und Linken geführte Senat zusätzlich auf Kosten der Steuerzahler Migranten aus Afghanistan und Syrien einfliegt, macht dieser linke Senat genau das Gegenteil: man

will Hotels anmieten und sucht weitere Gebäude für die Unterbringung von Migranten. Auch Turnhallen. Weitere Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge sind ebenfalls in Planung und in Bau.

Wer keinen Platz hat, kann keine Gäste einladen! Diese Asylkrise verursacht massive Probleme in Berlin. Es gibt keinen Wohnraum mehr für die einheimische Bevölkerung. Ebenso Schul- und Kitaplätze sind schwer zu finden, genauso wie einen Arzt oder Krankenhaustermine zu bekommen eine besondere Herausforderung darstellt. Und Senatorin Kipping rechnet im kommenden Winter mit weiteren 100.000 ukrainischen Flüchtlingen, die bereits in Polen in Sicherheit sind. Doch weder der Berliner Senat noch diese Bundesregierung sind bereit, diesen Asylmagneten in Deutschland und Berlin auszustellen. Berlin hat keinen Platz mehr und Berlin hat auch kein Geld mehr, weitere Asylbewerber zu beherbergen.



alle illegal über sichere Drittstaaten eingereiste Migranten müssen zurückgeführt werden. Und Deutschland braucht endlich ein Rückführungsprogramm für die 2015 aus Syrien nach Deutschland gekommenen Menschen, denn der Krieg dort ist beendet und Syrien befindet sich im Wiederaufbau. Für die Ukraine muss endlich eine diplomatische Lösung gefunden werden, wobei ein Waffenstillstand an erster Stelle steht. Der Schutz des Friedens steht für uns an erster Stelle, und wir wollen, dass die Ukrainer schnell wieder in ihre Heimat zurückkehren können.



Darum fordert die AfD:

Alle ausreisepflichtigen, abgelehnten Asylbewerber müssen konsequent abgeschoben werden. Sämtliche Landesaufnahmeprogramme für Migranten in Berlin müssen sofort beendet werden. Unsere Grenzen müssen endlich geschützt werden und

Alternative
Hauptstadtfraktion

Fraktionsbüro
AfD-Fraktion im Berliner
Abgeordnetenhaus
Telefon: 030 2325 - 2623
info@afd-fraktion.berlin
www.afd-fraktion.berlin



Frohe Weihnachten!

Die schönste Zeit des Jahres?

Geht es Ihnen auch so? Viel zu schnell ist das Jahr vorbei. Da habe ich noch mit Freunden den Sommer bei Grillwurst und kühlen Getränken genossen, auf einmal ist es kalt und der erste Schnee liegt auf Sträuchern und Bäumen.

Der erste Advent kommt und die Weihnachtsfeiertage rücken unaufhaltsam näher.

Schon alle Geschenke beisammen? Wen laden wir über die Feiertage ein, oder wen besuchen wir? Oder verreisen, einfach dem Trubel entfliehen?

Warum betreiben wir den ganzen Aufwand und wozu ist er gut?

Das Wort Advent bedeutet Ankunft. Wir bereiten uns auf die Ankunft des Herrn vor. Weihnachten feiern wir die Geburt Jesu.

Wie passt dazu eigentlich der Weihnachtsmann? Im Grunde gar nicht. Ursprünglich wurden am 6. Dezember, dem Nikolaustag, Geschenke an Kinder verteilt. Heute stellen Kinder ihre geputzten Schuhe vor die Tür und bekommen, wenn sie brav waren, Süßigkeiten.

Hinter diesem Brauch verbirgt sich eine historische Figur, der Heilige Nikolaus, Bischof von Myra (in der heutigen Türkei). Er hat um das Jahr 300 n. Chr. gelebt.

Über ihn gibt es mehrere Legenden. In der bekanntesten wird



über ihn berichtet, wie er drei junge Mädchen davor bewahrt, ein Leben auf der Straße zu führen. Heimlich und unerkannt wirft er in drei aufeinander folgenden Nächten einen Beutel mit Gold in das Zimmer der Mädchen. Jetzt kann der Vater für jede die Hochzeit ausrichten.

In anderen Legenden erfahren wir, wie er Seefahrer überredet, der hungernden Bevölkerung Getreide abzugeben. Er bewahrt unschuldig Verurteilte vor der Hinrichtung und hilft Eltern, ihr entführtes Kind wiederzufinden. So viele Jahrhunderte sind seit dem vergangen. Warum ist der Heilige Nikolaus heute noch bekannt und beliebt?

Wenn die Zeiten schwierig erscheinen, verspüren wir den Im-

puls, fürs eigene Wohlbefinden zu sorgen und uns abzusichern. Natürlich ist es vernünftig vorzusorgen und eine gewisse Menge an Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs im Haus zu haben. Aber viel wichtiger ist, dass wir aufeinander achten und füreinander da sind. Gutes tun, heißt empathisch sein. Mir ist eben nicht egal, was mit meinem Nächsten passiert, mit den Menschen, für die ich Verantwortung trage.

Ich freue mich schon auf den Nikolaustag.

Und wenn die Weihnachtsfeiertage kommen, nehmen Sie sich Zeit für sich selbst und für Ihre Lieben. Ein offenes Ohr und ein offenes Herz sind die schönsten Geschenke, die wir einander geben können.

Maria Arlt



BÜRGERSPRECHSTUNDE

Fraktion der AfD in der Bezirksverordnetenversammlung von Marzahn-Hellersdorf

16.12.2022 - 15:00 bis 17:00 Uhr

Festsaal Rathaus am Helene-Weigel-Platz



mit Ihnen gern über Themen aus Bezirk, Stadt u



Fraktion der AfD in der BVV Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Zu Gast aus dem Berliner Abgeordnetenhaus:

Jeannette Auricht und Gunnar Lindemann

Telefon: 030 90293 5832 email@afd-fraktion-mahe.de www.afd-fraktion-mahe.de

Impressum:

AfD

Alternative für Deutschland

Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf

Kurfürstenstraße 79

10787 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 220 56 96 22

Handy: +49 (0) 157 864 22 444

Email: email-mahe@afd.berlin

V.i.d.S.P.: Gunnar Lindemann

Quellennachweis: eigene, pixabay



BLAUER BOTE Marzahn - Hellersdorf

